

Stabwechsel an der Seine

Konsequenzen der Präsidentschaftswahlen für Frankreich, Deutschland und die EU

Ronja Kempin / Daniela Schwarzer

Der Sozialist François Hollande wird neuer Präsident Frankreichs. Zum zweiten Mal in der Geschichte der V. Republik, am 6. Mai 2012, haben die Franzosen ein amtierendes Staatsoberhaupt abgewählt, den konservativen Nicolas Sarkozy. Doch anders als 1981, als der Sozialist François Mitterrand den Amtsinhaber Valéry Giscard d'Estaing im zweiten Wahlgang schlug, dürfte der Politikwechsel nach dem Machtwechsel weniger substantiell ausfallen. Zunächst einmal muss sich der neue Präsident bei den Parlamentswahlen am 10. und 17. Juni 2012 eine regierungsbildende Mehrheit sichern. Auch wenn dies mit einiger Wahrscheinlichkeit gelingen wird, lassen die angespannte Haushaltslage und der von seinem Amtsvorgänger hinterlassene Reformbedarf dem neuen Staatsoberhaupt nur begrenzten innen- wie außenpolitischen Handlungsspielraum.

François Hollande zieht mit einer Stimmenmehrheit von 51,7 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von über 80 Prozent als zweiter sozialistischer Präsident der V. Republik in den Elysée-Palast ein. Anders als in Umfragen der vergangenen Wochen prognostiziert, betrug der Vorsprung auf seinen Amtsvorgänger nur drei Prozentpunkte.

Im Unterschied zu seinem politischen Vorbild Mitterrand saß Hollande noch in keiner nationalen Regierung, hat jedoch als Abgeordneter, Parteivorsitzender und auf regionaler und lokaler Ebene umfassende Erfahrungen gesammelt. Von 1988 bis 1993 war Hollande zum ersten Mal Mitglied der Assemblée Nationale, wo er im Haushaltsausschuss als Berichterstatter für den Verteidigungsetat fungierte. Nach einer Wahlperiode verpasste er im Zuge eines

hohen Wahlsiegs der Konservativen den Wiedereinzug ins Parlament. 1997 wurde Hollande, der sich mittlerweile als Anhänger von Jacques Delors und Lionel Jospin im gemäßigten rechten Flügel der Parti Socialiste (PS) positioniert hatte, erneut ins Parlament gewählt. Im selben Jahr gelangte er mit der Förderung des damaligen Premierministers Jospin an die Spitze der PS und beerbte ihn als Parteivorsitzender. 1998 wurde er Vizepräsident des Regionalrats im Limousin und 2001 im ersten Wahlgang Bürgermeister von Tulle.

In seiner Rolle als PS-Vorsitzender wurde Hollande für das Debakel bei der Präsidentschaftswahl 2002 mitverantwortlich gemacht: Gegen den Gaullisten Jacques Chirac und den Vorsitzenden des rechtsradikalen Front National (FN), Jean-Marie

Le Pen, war der Sozialist Jospin schon in der ersten Runde ausgeschieden. Zudem wird Hollande angelastet, er habe eine Spaltung der Partei im Jahr 2005 nicht verhindert, als es um die Ratifizierung des Verfassungsvertrags für Europa ging. Mit diesem Vertrag sollte die politische wie institutionelle Handlungsfähigkeit der EU nach der großen Erweiterung um zehn Mitglieder aus Ost- und Südosteuropa gestärkt werden. Nicht zuletzt aufgrund der ablehnenden Haltung führender PS-Politiker gehörte Frankreich mit den Niederlanden zu denjenigen Gründungsmitgliedern der EU, die den Vertragsentwurf scheitern ließen. Erst nach der Wahl Sarkozys konnte 2007 die Blockade in der EU überwunden und der Vertrag von Lissabon aufgesetzt werden. Zu alter Kraft fand die PS erst unter Hollandes Nachfolgerin Martine Aubry, die nun neben anderen als Kandidatin für das Amt des Premierministers gilt.

Zurückhaltendes Amtsverständnis

Die meisten Beobachter erwarten von François Hollande eine partizipativere und konsensorientiertere Amtsführung als von seinem Vorgänger. Symbolhaft hat er angekündigt, die Bezüge von Präsident und Regierungsmitgliedern um 30 Prozent zu kürzen und die juristische Immunität des Präsidenten für die Zeit vor Amtsantritt aufzuheben. Spitzenposten bei den öffentlich-rechtlichen Medien will er im Gegensatz zu Sarkozy nicht selbst besetzen. Die Machtfülle des Amtes will er auch durch größeren Spielraum für Premier und Regierung sowie mehr parlamentarische Kontroll- und Initiativrechte reduzieren. Wie sich die Machtverteilung in der Praxis gestaltet, wird allerdings entscheidend davon abhängen, ob die Sozialisten eine breite parlamentarische Mehrheit bekommen und wie groß der politische Rückhalt des künftigen Premiers sein wird.

Diese Vorhaben will Hollande bislang nicht in Verfassungsänderungen umsetzen, obgleich die Vision einer »Sechsten Republik« gerade im linken Lager außerhalb und

innerhalb der PS breit diskutiert wird. Allerdings hat er eine Wahlrechtsänderung angekündigt, mit der er in den Legislativwahlen 2017 Elemente des Verhältniswahlrechts stärken möchte.

Erklärungen für den Wahlerfolg

Dass der als farblos geltende Kandidat die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hinter sich vereinen konnte, hat mehrere Gründe. Für viele der Stimmberechtigten war die Wahl 2012 ein Referendum über den bisherigen Amtsinhaber. Dessen Zustimmungsraten waren schon weit vor der Wahl erodiert, hatte doch der Konservative eine miserable Bilanz bei den wirtschafts- und sozialpolitischen Themen vorzuweisen, die eine zentrale Rolle im diesjährigen Wahlkampf spielten. So hatte Sarkozy versprochen, die Arbeitslosigkeit auf 5 Prozent zu drücken – derzeit liegt sie bei 10 Prozent. Er wollte Frankreich wettbewerbsfähiger machen, alte Strukturen aufbrechen und die Sozialsysteme modernisieren – und hinterlässt trotz einiger Reformen ein Land, dessen Exportquoten er entgegen seiner Ankündigung nicht steigern konnte, in dem die Arbeitsmärkte flexibler werden müssen und dessen Sozialsysteme mittelfristig nicht mehr finanzierbar sind. In Sarkozys Amtszeit wurde Frankreich zu einem der Staaten, die in der Verschuldungskrise in der Währungsunion massiv unter Druck der Anleihenmärkte geraten könnten (siehe SWP-Aktuell 21/2012).

Diese negative Bilanz und die Unzufriedenheit der Franzosen mit Sarkozys Politikstil konnte sich François Hollande zunutze machen. Er stilisierte die Präsidentschaftswahlen zu einem Votum gegen seinen Amtsvorgänger – sowohl im Hinblick auf die politischen Inhalte als auch auf die Amtsführung. Bereits im ersten Wahlgang war er damit erfolgreich und holte 28,6 Prozent der Stimmen, während Nicolas Sarkozy nur 27,2 Prozent erhielt. Noch nie in der V. Republik war ein zur Wiederwahl stehender Präsident im ersten Wahlgang seinem Herausforderer unterlegen.

Im zweiten Wahlgang profitierte Hollande überdies vom Verhalten seiner Mitbewerber um das Präsidentenamt. Die Kandidatin des rechtsextremen Front National, Marine Le Pen, rief dazu auf, ungültige Stimmen abzugeben. Ihr Kalkül bestand darin, Sarkozys Partei UMP angesichts dessen Machtverlusts möglichst zu schwächen, um so rechtskonservative UMP-Anhänger an den FN zu binden und auf diesem Weg dessen erstmaligen Einzug in die französische Nationalversammlung sicherzustellen.

Der zentristische Kandidat François Bayrou hingegen hatte angekündigt, für Hollande zu stimmen. Er folgte der Mehrheitsmeinung in seiner Partei, die den Rechtsruck Sarkozys zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang nicht unterstützte.

Rückhalt erhielt der sozialistische Kandidat auch vom Vorsitzenden der französischen Linken »Front de Gauche«, Jean-Luc Mélenchon, der zwischenzeitlich zum »Shootingstar« der Präsidentschaftswahlen avanciert war. Mit 11,1 Prozent der Stimmen erzielte er im ersten Wahlgang einen Achtungserfolg. Er forderte seine Anhänger auf, im zweiten Wahlgang für Hollande zu stimmen. Wie Bayrou stärkte er so seine Verhandlungsposition in Kooperationsabreden bei den Parlamentswahlen oder bei Berufungen in die Regierung.

Gesellschaftspolitische Versprechen

Im Wahlkampf und in seiner Rede nach dem Sieg positionierte sich Hollande als Präsident des gesellschaftlichen Ausgleichs und der sozialen Gerechtigkeit. Damit setzte er einen Kontrapunkt zu Sarkozy, der seinen Ton gegenüber Ausländern und Immigranten nach der Niederlage im ersten Wahlgang noch einmal deutlich verschärft hatte, um die FN-Wählerschaft für sich zu gewinnen. Mit dem Versprechen, wieder Kontrollen an der französischen Grenze einzuführen, wandte er sich gar gegen einen zentralen Pfeiler des europäischen Integrationsprozesses, den Schengener Acquis über die Freiheit des

Personen-, Waren, Güter- und Dienstleistungsverkehrs.

Während Sarkozy mit seinen Aussagen eine Spaltung der französischen Gesellschaft in »konservativ« und »links« billigend in Kauf nahm, wandte sich Hollande an die traditionellen Wähler seiner Partei und umgarnte die Gewerkschaften des Landes mit wirtschaftsprotektionistischen und sozialstaatsorientierten Positionen. Er zeichnete ein anderes Bild der französischen Republik, die unter seiner Präsidentschaft offener und gerechter werden sollte. Die Integration von Nicht-EU-Ausländern, die er an Kommunalwahlen teilhaben lassen will, ist für Hollande ebenso wichtig wie die französische Jugend, der es an Zukunftsaussichten mangelt. Besonders gravierend ist dies in den Vorstädten.

Die Bürde seines Wahlerfolges liegt für Hollande nun darin, ein gespaltenes Land zu einen, in dem die ökonomischen, sozialen und regionalen Unterschiede zunehmen, und rückständigen Gebieten Perspektiven zu eröffnen, vor allem den Randzonen der großen Städte, in denen Gewalt, Kriminalität und politische Radikalisierung einen Nährboden finden.

Wirtschaftliche Herausforderungen

Frankreichs ökonomische Situation im Jahr 2012 ist alles andere als komfortabel. Die französische Volkswirtschaft erholt sich nur schleppend von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die die strukturellen Schwächen noch einmal hervorgehoben und verstärkt hat.

Die schwindende Wettbewerbsfähigkeit ist nach wie vor eines der größten Probleme. Im Vergleich mit Deutschland verzeichnet Frankreich einen höheren Anstieg der Lohnstückkosten seit Eintritt in die Währungsunion und auch die Lohnnebenkosten gehören zu den höchsten in Europa. 2011 verbuchte Frankreich ein Außenhandelsdefizit von 84 Milliarden Euro. Dagegen erwirtschaftete Deutschland im selben Jahr einen Überschuss von 157 Milliarden Euro. Die französische Volkswirtschaft ist eine

recht geschlossene – der Anteil der Exporte am französischen BIP lag 2011 bei 22 Prozent (in Deutschland beträgt der Wert 41 Prozent). Diese Zahlen spiegeln den relativen Rückgang der Industrieproduktion. Diese trägt nur noch knapp 13 Prozent zu Frankreichs BIP bei, auch wenn es einige international führende Konzerne wie Areva, PSA Peugeot Citroën, Airbus oder Thalys gibt. In Deutschland ist der Anteil der Industrieproduktion mit 26 Prozent am BIP doppelt so hoch.

Um Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, will Hollande weniger bei den Kosten ansetzen, sondern den Mittelstand und die regionale Entwicklung stärker öffentlich fördern. Zu seinen wichtigsten Ankündigungen in diesem Bereich gehört die Gründung einer neuen Förderbank. Sie soll Investitionen in Infrastruktur, Informationstechnologie und erneuerbare Energien unterstützen.

Haushaltspolitischer Druck

Der öffentliche Schuldenstand ist wegen der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich gestiegen und dürfte 2012 90 Prozent des BIP erreichen. Unter dem Druck der Verschuldungskrise hat François Hollande angekündigt, 2017 den Haushalt auszugleichen. Anfang 2012 hatte eine Ratingagentur Frankreichs Kreditwürdigkeit von AAA auf AA herabgestuft – und die Agenturen könnten Maßnahmen, die Zweifel am versprochenen Konsolidierungskurs wecken, durch eine weitere Herabstufung sanktionieren.

Aus diesem Grunde wird die neue politische Führung in Paris wohl einen Kassensturz vornehmen, der möglicherweise aufdecken wird, dass die Lage der Staatsfinanzen noch ernster ist als angenommen. In diesem Fall könnte Hollande von einigen Versprechen abrücken, etwa der Neueinstellung von 12 000 Lehrern pro Jahr. Die neue Regierung dürfte darüber hinaus gezwungen sein, bestimmte Ausgaben zu kürzen, was im Wahlkampf kaum thematisiert wurde. Angesichts des Drucks durch

Märkte und Ratingagenturen sowie der Einschränkungen, die das haushaltspolitische Regelwerk der EU der neuen französischen Regierung auferlegt, wird die neue Führung eher die Politik sozialdemokratischer Zentristen denn die linker Sozialisten betreiben.

Europapolitische Prioritäten

Vor diesem Hintergrund hat Hollande im Wahlkampf auch darauf verzichtet, das neue haushaltspolitische Regelwerk der Eurozone in Frage zu stellen. Doch werde er den Fiskalpakt, einen zwischenstaatlichen Vertrag, der die Unterzeichner im Wesentlichen auf die Einführung nationaler Schuldenbremsen verpflichtet, nur dann dem Parlament zur Ratifizierung zuleiten, wenn er durch einen Wachstumspakt ergänzt wird.

Anders als noch vor wenigen Monaten wächst zwischen Berlin und Paris ein Konsens, dass neben der Haushaltsdisziplin auch Politiken zur Förderung des Wachstums nötig sind, um einen effektiven wie tragfähigen Ausweg aus der Verschuldungskrise zu weisen. Allerdings unterscheiden sich nach der Wahl Hollandes die Vorstellungen, wie dieser Weg beschritten werden soll. Während in Deutschland Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit etwa durch Arbeitsmarktreformen und Kostensenkung sowie eine bessere Verwendung bestehender Mittel favorisiert werden, setzt der französische Präsident viel stärker auf öffentliche Investitionen. Diese sollen durch eine aktivere Rolle der Europäischen Investitionsbank (EIB) und die Einführung europäischer Projekt-Bonds gefördert werden. Durch zweckgebundene europäische Anleihen, die die Europäische Kommission und die EIB garantieren, soll Geld an den Finanzmärkten aufgenommen werden, um europäische Projekte zu finanzieren.

Diese Idee ist keineswegs neu. Der Europäische Rat erkannte im März 2012 an, dass verstärkt Finanzmittel für herausragende Infrastrukturvorhaben (Verkehr, Energie,

Internet, Telekom) mobilisiert werden müssen. Deutschland hatte dies bislang zurückhaltend gesehen, auch weil es den EU-Haushalt keinen Risiken aussetzen will, die durch Projekt-Bonds entstehen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass es beim Europäischen Rat im Juni 2012 hierüber eine für beide Seiten akzeptable Einigung gibt. Diese ließe sich als Verhandlungserfolg Hollandes verkaufen, um den Weg für eine Ratifizierung des Fiskalpakts in Frankreich freizumachen – auch wenn der Aushandlungsprozess weit vor seiner Wahl wichtige Hürden genommen hatte.

Darüber hinaus hat der Sozialist gefordert, die Zielsetzung der Europäischen Zentralbank (EZB) zu überarbeiten – ein Déjà-vu aus früheren Jahren. Auch Sarkozy war 2007 mit ähnlichen Forderungen in den Präsidentschaftswahlkampf gezogen. Nach seinem Amtsantritt aber wurden sie schnell ad acta gelegt, da unter anderem aus Berlin erheblicher Gegendruck kam und sich die Statuten und EZB-bezogenen Artikel des EU-Vertrags nur ändern lassen, wenn alle Mitgliedstaaten zustimmen.

Eine weitere politische Priorität hat Hollande im Energiebereich definiert: Der Anteil der Atomkraft an der französischen Energieproduktion soll von 75 auf 50 Prozent reduziert, erneuerbare Energien sollen verstärkt staatlich gefördert werden. Als Zukunftsprojekt für die Europäische Union sieht er »L'Europe de l'énergie«, eine Energiegemeinschaft, die sich auch mit der Förderung erneuerbarer Energien und Fragen der Versorgungssicherheit befassen solle. Dies setzt er in seiner Prioritätenliste klar vor institutionelle Reformen und größere Zukunftsdiskussionen, wenngleich er noch am Abend seines Wahlerfolges verkündet hat, er wolle Europa ein sozialeres Antlitz verleihen. Ein umfangreiches Reformprogramm verbirgt sich hinter diesen Aussagen indes noch nicht.

Außen- und Sicherheitspolitik

Während außen- und sicherheitspolitische Themen im Wahlkampf von jeher eine

geringe Rolle spielen, sind es gewöhnlich Entscheidungen in genau diesen Politikfeldern, mit denen Frankreichs Präsidenten kurz nach ihrer Wahl Schlagzeilen machen. Denn in diesem Bereich sind die traditionellen Aufgaben des französischen Staatsoberhaupts besonders ausgeprägt.

Jacques Chirac ordnete 1995 zunächst an, dass Frankreich ungeachtet internationaler Proteste eine letzte Serie Nuklearversuche auf dem Mururoa-Atoll durchführen werde. Wenig später setzte er per Dekret die seit 1904 geltende Wehrpflicht aus. Sein Nachfolger Sarkozy verkündete wenige Wochen nach seinem Einzug in den Elysée-Palast, Frankreich werde in die militärischen Strukturen der Atlantischen Allianz (Nato) zurückkehren. Sein Land hatte die integrierten Bündnisstrukturen 1966 verlassen, um eigenständig über seine Streitkräfte verfügen zu können.

Welchen Coup bereitet nun François Hollande vor? Vor Beginn der heißen Phase des Wahlkampfes hatte er angekündigt, im Falle eines Sieges die luftgestützte Komponente der französischen Nuklearstreitmacht aufzugeben. Dieser Schritt hätte es ihm ermöglicht, das massive Defizit des französischen Verteidigungsetats deutlich zu reduzieren, das gegenwärtig auf 10 Milliarden Euro geschätzt wird. Von dieser Position verabschiedete er sich jedoch noch während des Wahlkampfes und betonte, die Sicherheits- und Verteidigungspolitik sei keine »Variable«, die an die Kassenlage des Landes angepasst werde. Genauso wenig wird er Sarkozys Entscheidung revidieren, Frankreich in die militärischen Strukturen der Nato zurückzuführen. Immerhin stellte er in Aussicht, die vollständige Nato-Zugehörigkeit seines Landes kritisch zu evaluieren. Damit reagiert er auf die Stimmungslage seiner Partei, die Frankreichs Rückkehr in die militärische Nato-Integration mehrheitlich ablehnt. Entsprechend formulierte Hollande das Ziel, die Position seines Landes in diesem Militärbündnis zu stärken.

Als ersten Test der französischen Selbstbestimmung in der Allianz sieht er seinen

Entschluss, die Kampftruppen des Landes noch 2012 aus Afghanistan abzuziehen. Die Details seiner Entscheidung will der neue Präsident Ende Mai auf dem Nato-Gipfel in Chicago mit den alliierten Partnern besprechen. Frankreich hat derzeit noch etwa 3400 Soldaten in Afghanistan stationiert. Schon im März 2012 haben 200 Soldaten das Land verlassen. Hintergrund ist der von Nicolas Sarkozy für 2013 beschlossene »beschleunigte« Abzug der französischen Truppen aus Afghanistan, der bereits für 2012 eine Rückverlegung von 1000 Soldaten vorsah. François Hollande könnte seinen Partnern in Chicago vorschlagen, das französische Kontingent in Afghanistan in zwei Gruppen einzuteilen, »Kampftruppen« auf der einen und »Unterstützungssoldaten« auf der anderen Seite. Die Kampftruppen, deren Mannschaftsstärke flexibel festgelegt werden könnte, würden bis Ende 2012 aus Afghanistan zurückbeordert. Die übrigen französischen Verbände könnten bis zum vollständigen Abzug der Nato-Truppen am Hindukusch bleiben.

Kein Anti-Amerikanismus erwartet

Damit wäre für alle Seiten eine akzeptable Lösung gefunden. Der Nato-Kompromiss – Abzug im Jahr 2014 – wäre weiter gültig und der neue Staatschef könnte seinen Anhängern mit Blick auf die Parlamentswahlen einen ersten handfesten außenpolitischen Erfolg präsentieren. Denn es ist wenig wahrscheinlich, dass Hollande in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen zur amerikakritischen Haltung seiner Partei zurückkehrt. Die vollständige Rückführung Frankreichs in die Nato hat es Nicolas Sarkozy erlaubt, außenpolitischen Handlungsspielraum zurückzugewinnen. Anders als seine Amtsvorgänger war er erstmals nicht mehr darauf angewiesen, dass Berlin den französischen Kurs in außen- und sicherheitspolitischen Fragen sowohl in Richtung Washington als auch gegenüber den EU-Partnern vermittelte. Die Normalisierung der Beziehungen zur Nato hat insbesondere bei den eng mit den USA

verbundenen europäischen Partnern dafür gesorgt, dass das Misstrauen gegenüber französischen Positionen schwand. Das Verhältnis zu Washington ist so gut wie selten zuvor. Seine transatlantische Volte hat es Sarkozy zudem ermöglicht, die Kooperation mit dem Vereinigten Königreich auf eine neue Grundlage zu stellen. Sichtbarste Zeichen der neuen französisch-britischen Partnerschaft sind zwei bindende Verteidigungsverträge, die militärische Offensive, die zum Sturz des libyschen Machthabers Ghaddafi geführt hat, sowie Frankreichs kritische Distanz zum Projekt einer europäischen Fähigkeit zur Planung und Führung von EU-Operationen und -Missionen, das auch in London auf wenig Gegenliebe stößt.

Diesen neuen Handlungsspielraum wird auch ein sozialistischer Präsident nicht preisgeben. Im Wahlkampf hatte Hollande mehrfach betont, die Kooperation mit Großbritannien in jedem Fall weiterzuführen. Beide Staaten müssten zukünftig die gleiche Sprache sprechen; Frankreich und Großbritannien stellten heute den verteidigungspolitischen Arm Europas dar. Parallel zur Ausweitung der britisch-französischen Kooperation will Hollande auch die Zusammenarbeit mit anderen Partnern vertiefen. Im Unterschied zu seinem Amtsvorgänger ist es ihm hierbei ein dringendes Anliegen, die deutsch-französische Achse in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wiederzubeleben.

Für Berlin dürfte die Kooperation mit der neuen Führung in Paris einfacher werden. Nicolas Sarkozy hatte den außen- und verteidigungspolitischen Fachministerien weitgehend ihren Einfluss entzogen, indem er neue Beratungsgremien im Elysée-Palast installierte. François Hollande dagegen will die Rolle der Ministerien wieder stärken. Der profilierte Deutschlandkenner Laurent Fabius gilt als aussichtsreichster Kandidat für das Amt des Außenministers.

Auch inhaltlich scheinen die Schnittmengen zwischen Berlin und Paris künftig größer zu werden. So ist von François Hollande deutliche Zurückhaltung zu

erwarten, was ein auf militärische Mittel gestütztes Engagement in Subsahara-Afrika anbelangt. Die Beziehungen Frankreichs zu Israel dürften verbessert werden. An den Sanktionen gegenüber dem Iran wird der neue Machthaber im Elysée ebenso festhalten wie am Bemühen um ein Partnerschaftsabkommen mit Russland. In den Beziehungen zu Moskau wird er aber weniger entgegenkommend sein als sein Amtsvorgänger.

In Bezug auf die EU-Mitgliedschaft der Türkei ergeben sich indes Herausforderungen für die deutsch-französische Entente: Hollande befürwortet einen EU-Beitritt des Landes. Jedoch wird er das französische Veto gegen die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen erst aufgeben, wenn sich Ankara zum Völkermord an den Armeniern bekennt.

Parlamentswahl und Regierungsbildung

François Hollande wird am 15. Mai 2012 in sein Amt eingeführt. Um die Regierungsgeschäfte unverzüglich übernehmen zu können, wird er schnellstmöglich ein Kabinett bestimmen. Dessen Aufgabe besteht neben der Vorbereitung der kommenden G8- und G20-Gipfel sowie des Nato-Gipfels vornehmlich darin, den Erfolg der Parti Socialiste bei den am 10. und 17. Juni anstehenden Parlamentswahlen sicherzustellen.

Laut ersten Umfragen liegen die PS und die konservative UMP in der Wählergunst für den ersten Wahlgang nahezu gleichauf. Ein gewichtiger Vorteil der Sozialisten dürfte sein, dass Nicolas Sarkozy seine Partei UMP nicht in den Kampf um die Mehrheit in der Nationalversammlung führen wird, sondern seinen Rückzug aus der Politik angekündigt hat.

Die Wahl der 577 Abgeordneten der Nationalversammlung vollzieht sich wie die Präsidentschaftswahl in zwei Wahlgängen – zumindest dann, wenn kein Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmberechtigten seines Wahlkreises hinter sich vereinen

kann. In der zweiten Runde genügt die relative Mehrheit, um den Parlamentssitz zu erringen.

Ähnlich wie bei den Präsidentschaftswahlen spielen nach dem ersten Urnengang Wahlkoalitionen eine wichtige Rolle. Dabei zieht sich ein Kandidat zugunsten eines besser platzierten Anwärters der politischen Großfamilie (»links« oder »rechts«) aus dem zweiten Wahlgang zurück, um diesem eine Chance auf die absolute Mehrheit der Stimmen zu eröffnen.

Den Ausschlag wird hier das Zusammenspiel der konservativen UMP und des rechts-extremen Front National geben. Zwar hat Sarkozy noch vor der Präsidentschaftswahl Wahlbündnisse zwischen FN und UMP abgeschlossen. Käme es aber dennoch zu – historisch beispiellosen – Wahlabsprachen zwischen den beiden Parteien, wäre nicht allein die Parlamentsmehrheit der französischen Linken in Gefahr. Im Falle einer rechten Parlamentsmehrheit wäre der neugewählte Präsident Hollande gezwungen, eine Kohabitationsregierung mit den konservativ-rechten Kräften einzugehen, die seine Regierungsagenda gerade bei innenpolitischen Reformvorhaben blockieren dürften.

Für Deutschland und Europa wäre Frankreich in diesem Szenario ein unberechenbarer Partner. Neben einer starren Haltung zu Fragen europäischer Grenzschutz- und Migrationspolitik könnte auch die sicherheits- und verteidigungspolitische Integration mit Auflagen verbunden werden, die dem französischen Wunsch nach Souveränitätswahrung entsprechen.

Perspektiven für Berlin und die EU

Geht aus den Parlamentswahlen eine linke Mehrheit hervor, wird es darauf ankommen, wie stark die europa- und globalisierungskritischen Kandidaten insbesondere des Front de Gauche abschneiden und ob Hollande Vertreter der entsprechenden Parteien in die Regierung einbeziehen muss. Gewinnt die radikale Linke zahlreiche Mandate, wird dies den für Frankreich

notwendigen Reformkurs erschweren und Hollande auch im Management der Verschuldungskrise zum schwierigeren Partner machen.

Angesichts dieser komplexen innenpolitischen Lage wird Hollande in europäischen Verhandlungen – gerade im Bereich der Wirtschafts- und Haushaltspolitik und der Eurozonen-Governance-Reform – seine Interessen selbstbewusst vertreten und sich Gleichgesinnte in der EU suchen.

Für die Funktionsfähigkeit des deutsch-französischen Tandems und seine innenpolitische Agenda ist es wichtig, dass Hollande sichtbare Verhandlungserfolge erzielen kann. Gerade für umstrittene Reformen hat er zu Beginn seines Mandats nur wenig Zeit, denn 2014 ist ein bedeutendes Wahljahr. Neben der Europawahl finden Lokal- und Regionalwahlen statt und ein Drittel der Senatorenposten wird neu besetzt.

Trotz Deutschlands derzeitiger Überlegenheit angesichts der besseren wirtschafts- und haushaltspolitischen Lage darf das bilaterale Verhältnis nicht zu offenkundig asymmetrisch sein. Die Empfindlichkeit in Frankreich gegenüber einer »deutschen Dominanz« ist groß und kann gerade einen linken Präsidenten bei seiner eigenen Gefolgschaft unter Druck bringen. Nicht nur wegen der innenpolitischen Situation ist hier Fingerspitzengefühl gefragt.

In Anbetracht einer sich verschärfenden politischen Krise in Griechenland könnten schon bald neue Euro-Krisengipfel anstehen, bei denen deutsch-französische Kompromiss- und Führungsfähigkeit gefordert sind, da Uneinigkeit die Märkte weiter destabilisieren kann. Überdies kann Berlin kein Interesse daran haben, François Hollande an die Spitze einer Koalition der Euro-Südländer zu drängen. Im Gegenteil, auch für die Grundsatzdiskussion um die Zukunft der EU bleibt Frankreich der wichtigste Partner. In Deutschland ist die Debatte etwa über Schritte in Richtung einer politischen Union und den Umgang mit legitimatorischen Defiziten in der EU deut-

lich weiter fortgeschritten als in Frankreich. Hier sollten die neuen politischen Verantwortlichen in Paris besonders intensiv einbezogen werden.

Dass Berlin vom neuen sozialistischen Präsidenten außen- und sicherheitspolitisch zum Wunschpartner erklärt wurde, sollte auch hierzulande neue Energien freisetzen, die bilateralen Beziehungen zu festigen und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU spürbar voranzubringen. Denn die Zukunft der EU hängt nicht allein an der Bewältigung der Schuldenkrise. Die GSVP, ein weiterer zentraler Bereich europäischer Politik, erodiert ebenfalls.

Deutsch-französische Initiativen für einen strategischen Reflexionsprozess über Ziele und Entwicklung der GSVP sind ebenso notwendig wie ein bilateraler Vorstoß zugunsten eines verbesserten Aufbaus ziviler und militärischer Fähigkeiten. Die deutsch-französische Erklärung vom Februar 2012 liefert eine zweckmäßige Grundlage für Gespräche mit den künftigen Gestaltungs Kräften im Elysée-Palast, etwa im Verteidigungsministerium. Zudem böte der 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages am 22. Januar 2013 die passende Gelegenheit, den bilateralen Beziehungen in diesem Politikfeld neue Qualität zu verleihen. Wesentliche Schritte dabei wären eine politische Aufwertung des Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates sowie die Überwindung paritätischer Ämterverteilung. Hollandes (nur vermeintlich rückwärtsgewandte) Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird Europa handlungsfähiger machen. Der sozialistische Präsident steht dem europäischen Integrationsprozess aufgeschlossener gegenüber, als vielfach behauptet wird.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorinnen wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364